



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/171 - 28.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die neueste Phase der Saarpolitik	S. 1
Zum Sturz König Faruks	S. 3
Rundfunk-Mißbrauch	S. 4
Sorgen mit Reisesparmarken	S. 5

Preisgabe der Saar ?

(sp) Es gehört zur Politik des Bundeskanzlers, daß er bereit ist, für Vor- und Mehrleistungen der Bundesrepublik auch noch hohe Preise zu bezahlen. Auf der anderen Seite ist es ein Kennzeichen, der französischen Außenpolitik, dafür, daß Frankreich etwas bekommt, den größten Teil dieser Preise zu beanspruchen. Beide Seiten gefährden damit das Entstehen einer echten gleichberechtigten Partnerschaft als Voraussetzung für jede wirkliche Integration. Gegenwärtig kassiert Frankreich die Preise, die es für den Schuman-Plan fordert, der die französische Position stärkt und die der Bundesrepublik schwach bleiben läßt. Daß Frankreich vor der Ratifizierung des EWG-Vertrages, der vielleicht die französische aber nicht die deutsche Sicherheit vermehrt, neue Forderungen an die Adressen Bonns und Washingtons erheben wird, ist zu erwarten. Wenn der Bundeskanzler glaubt, es sei ein Dienst an der europäischen Sache, diese Forderungen zu erfüllen, so ist das ein Irrtum, genau wie es die Ansicht wäre, daß die sich gerade in diesen Wochen aufgrund der Bonner Verträge vollziehende Vertiefung der Teilung Deutschlands ein Dienst an der Sache der deutschen Einheit ist.

Daß die Organe des Schuman-Planes ihren Sitz in französischem oder französisch beherrschtem Gebiet haben müssen, scheint der Bundeskanzler ebenso selbstverständlich akzeptiert zu haben, wie die Präsidentschaft des Franzosen Monnets in der Hohen Behörde. Straßburg soll der "vorläufige" Sitz der Organe werden, wenn es nicht

dem französischen Außenminister bis zum 15. September gelingt, von Bundeskanzler Adenauer das endgültige Einverständnis mit der Preisgabe der Saar durch Deutschland zu erhalten. Erkennt der Bundeskanzler die Abtrennung der Saar von Deutschland an, dann soll der Saar ein europäisches Statut von der Art gegeben werden, daß die Behörden des Schuman-Planes nach Saarbrücken kommen. Daß die Interessen der Saar in diesen Behörden, wie von Dr. Adenauer akzeptiert, von Frankreich wahrgenommen werden, ist ebenso klar, wie die entsprechende Regelung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in der jede formale Bestimmung über die Stellung der Saar fehlt.

Getreu der anfangs gekennzeichneten Methode seiner Politik fordert Frankreich für die durch eine Pseudo-Europäisierung getarnte endgültige Abtrennung der Saar von der Bundesrepublik noch den Preis einer mittelbaren Anerkennung des Regimes Hoffmann, das die demokratischen Freiheiten mit Füßen tritt und von einer deutschen Regierung niemals als Regierung der deutschen Saar anerkannt werden darf. Mit der vorgesehenen Einbeziehung von Saarvertretern in die deutsch-französischen Verhandlungen wird diese Anerkennung aber erneut betont, die bei der Bildung des Europa-Rates und mit der Unterzeichnung der Konventionen auch durch Hoffmanns Vertreter eingeleitet worden war. Der politische Wille der Deutschen an der Saar soll durch den Saarbrücker Landtag wahrgenommen werden, dessen Neuwahl bevorsteht. Selbst wenn bis zu diesen Wahlen die demokratischen Freiheiten an der Saar deklamatorisch wiederhergestellt werden könnten, - auch der Kanzler hat die Freiheit dieser Wahlen gefordert - bis sie tatsächlich bestehen und Ausgangspunkt von Wahlen sein können, müßte eine sehr viel längere Zeit vergehen, als sie die Hoffmann-Regierung bis zu den nächsten Wahlen im Herbst verstreichen lassen will.

Keine deutsche Regierung kann einer Europäisierung der Saar zustimmen, solange das nur einer Anerkennung der Abtrennung gleichkommt. Und das wird so lange der Fall sein, wie die staatliche Vereinigung Europas auf der Grundlage der parlamentarischen Demokratie und der vollen Gleichberechtigung seiner "Bundesstaaten" nicht Wirklichkeit ist. Ein deutscher Bundeskanzler, der jetzt eine als Europäisierung schlecht getarnte Abtrennung akzeptieren würde, würde die Bestimmungen unserer Verfassung verletzen. Er würde einen Verzicht aussprechen, zu dem keine Regierung der Bundesrepublik legitimiert ist. Er würde sich des Rechtes begeben, die Wiedervereinigung Deutschlands, zu dem die Saar nicht weniger als die Ostgebiete gehört, als Ziel seiner Politik zu erklären. Einem Bundeskanzler, der die Deutschen an der Saar preisgibt, wird es sehr schwer fallen, mit seinen Versicherungen Glauben zu finden, die Wiedervereinigung Deutschlands sei das oberste Ziel seiner Politik.

Von der königlichen zur Militär-Diktatur ?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es nach dem Sturz Faruks in Ägypten zunächst einen Abschnitt größerer innerpolitischer Stabilität geben, als je zuvor in den vergangenen Jahren. Der Thron, in anderen Monarchien ein Element der Festigkeit gerade in politisch unruhigen Zeiten, war in Ägypten eine ständige Quelle politischer Unsicherheit, Verwirrung und Korruption.

Zwar ist die Monarchie noch nicht abgeschafft, aber der Regentschaftsrat für den sieben Monate alten Baby-König hat alle Macht in der Hand und es spricht nichts dafür, daß er sie so leicht wieder fortgeben wird. Der Wafd, die große nationalistische Unabhängigkeitsbewegung, seit den revolutionären Unruhen im Januar d.J. in der Spitze ihrer Macht beraubt, wird, so weit man die Dinge heute überblicken kann, nach der Rückkehr seines Führers aus dem schweizer Exil zusammen mit der Armee die bestimmende politische Rolle zu spielen versuchen. Die Zeit der königlichen Diktatur in Ägypten ist jedenfalls vorüber. Sie war im letzten halben Jahr besonders drückend geworden.

Sechs Regierungen in sechs Monaten waren selbst für Ägypten mit seiner notorischen politischen Unstabilität zu viel. Was sich in diesem kurzen Zeitraum abgespielt hat, ist im Grunde der Kampf des höchst eigenwilligen Hofes mit der Volksvertretung um den Anspruch auf das Recht der politischen Führung gewesen. Seit dem Sturz des Wafd, der nach wie vor die stärkste Partei Ägyptens ist, war jedes Kabinett vom König dem Lande unter Ausschaltung des Parlaments aufgezwungen. Keinem von ihnen ist es gelungen, sich auch nur eine annähernd sichere parlamentarische Basis zu verschaffen. Alle blieben vom Diktat des Hofes abhängig, der ihnen Bewegungsfreiheit nur in der Richtung der Bekämpfung der Wafd ließ. Der Wafd ist nicht ohne Schuld an dieser Entwicklung. Er hat mit dem Kampf gegen die Briten sowohl die Kraft Ägyptens wie die der Zügelung seiner eigenen Leidenschaften überschätzt. Vor allem aber ist es ihm nie gelungen, die Rechte des Königs und des Parlaments im Sinne einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie mit monarchischer Spitze scharf voneinander abzugrenzen. Er hätte die Macht dazu gehabt.

Jetzt wird sehr viel darauf ankommen, daß, über die gegenwärtige Übergangszeit hinaus, nicht an die Stelle der königlichen Diktatur die des Heeres tritt. Der Wafä hat es, wie gesagt, nicht verstanden, sich gegenüber dem König durchzusetzen. Wird er sich neben dem Heer behaupten können? Das ist die eine, für die Zukunft Ägyptens entscheidende Frage. Die andere richtet sich auf die künftige Form der britisch-ägyptischen Beziehungen. In britischen Kreisen wird mit Eifer die Ansicht vertreten, nach dem Abgang Faruks würde sich das englisch-ägyptische Verhältnis schnell bessern. Dieser Optimismus wirkte allzu zweckbestimmt und kampfhaft, als daß er überzeugen könnte, vor allem auch angesichts der ersten tatsächlichen britischen Reaktion auf die erzwungene Abdankung Faruks, die in der Entsendung von Kriegsschiffen und neuen Truppen nach der Suezkanalzone bestand.

+ + +

Kurzwellenfunk für einseitige Regierungspropaganda

Gegen die Monopolisierung der Auslandsrundfunk-Sendung durch die Bundesregierung wendet sich Fr. Heine vom SFD-Vorstand mit folgender Stellungnahme:

Der geplante Kurzwellensender für Sendungen in das Ausland wird, wenn die Verhandlungen zwischen Bundesregierung und der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten in der bisherigen Linie fortgeführt werden, zu einem einseitigen Propagandainstrument des Bundespresseamtes. Diese Absicht geht schon aus der vorgesehenen Berufung des Kölner Wirtschaftsfunkredakteurs Dr. Wesemann zum Chefredakteur hervor. Sein einseitiges Wirken im Regierungsinteresse soll durch einen Beirat, der neben dem Bundespressechef zwei weitere CDU-Mitglieder als Vertreter des NWDR und der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten umfassen soll, unterstützt werden.

Ein Kurzwellensender, der in seiner Leitung derartig einseitig aufgebaut ist, wird unfähig sein, die Auslandsdeutschen und die Weltöffentlichkeit unparteiisch über das politische Geschehen in der Bundesrepublik zu unterrichten. Ein "gefunkteter Regierungsanzeiger", wie er von der Bundesregierung geplant ist, wird aber das deutsche Ansehen im Ausland nicht fördern, er wird vielmehr Erinnerungen an den Goebbels-Funk wachrufen, die sich schädlich auswirken müssen. Die SPD würde in einer derart parteiisch gebildeten Beirats- und Sendeleitung einen bewußten Affront und einen skandalösen Mißbrauch der augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse erblicken. Sie warnt daher eindringlich davor, die Errichtung des Auslandssenders in der bisherigen Weise weiter zu betreiben.

+ + +

Ferienillusion mit der DFG

R.G. Die Sehnsucht nach der Ferne ist schwer erfüllbar, und gerade für den kleinen Mann, der die Erholung oft am dringendsten nötig hat, sind die Möglichkeiten gering. Ihm sollen die von den Gewerkschaften angeregten Möglichkeiten helfen, die in dem vielversprechenden Urlaubsführer der DFG niedergelegt sind.

Die DFG, die Deutsche Feriengemeinschaft, in der sich die Gewerkschaften, die Naturfreunde und die Konsumgenossenschaften zusammengefunden haben, hilft mit ihren Reisesparmarken in doppelter Weise, das Geld für die Ferienreise zusammenzubringen; man kann Woche für Woche im voraus sparen, und man bekommt einen Rabatt von sieben Prozent, der schließlich auch nicht zu verachten ist. Ist erst ein Heft mit 100,-M Reisesparmarken - das nur 93,-M gekostet hat - gefüllt, kann die Reise beginnen, fängt die Freude an.

Sie fängt an mit dem Durchstöbern des Urlaubsführers, der eine wahre Fundgrube für das Planeschmieden ist und mit Orten wie Tegernsee, Ramsau, Triberg, Wasserburg oder auch Westerland und Kellenhusen die fröhliche Qual der Wahl genußreich ausdehnen hilft. Bis man schließlich (siehe Seite 40) auf die Gewerkschaftsheime stößt und sich womöglich - wer wollte bestreiten, daß man dort gut aufgehoben ist! - für ein solches Heim entschließt.

Nun, man ist dort gut aufgehoben, und wer etwa nach Wasserburg am Bodensee fährt, den enthebt das an Wasser liegende Gewerkschaftsheim der Sorge, nun auch an den Bodensee heranzukommen, was in dieser ganzen Gegend durch die in fast ununterbrochener Folge am Ufer nebeneinandergereichten Privatgrundstücke mit Zutritt-Verboten-Schildern nicht immer ganz einfach ist. Man genießt seine Tage in eitel Freude, sein durch die Fahrtkosten nur zu einem Teil angebrochenes Sparmarkenheft in der Tasche, und erlebt erst am Abreisetag, wenn es ans Bezahlen geht, daß im Gewerkschaftsheim die Reisesparmarken keinen Kurswert haben.

Man sieht die Bestimmungen durch, die man als ferieneliger Mensch vielleicht nicht ganz sorgfältig gelesen hat und erfährt, daß die Marken nur für die im Urlaubsführer verzeichneten Reisen

gelten. Man sieht noch einmal in den Urlaubsführer, natürlich sind die Gewerkschaftsheime verzeichnet; man war ohnehin erst durch den Urlaubsführer auf diese Idee gekommen. Schließlich stößt man unter der Rubrik "Wie wird gereist?" auf die Notiz, daß die Marken für die "Fahrtkosten zu den Gewerkschafts-Erholungsheimen und Naturfreundehäusern" in Zahlung genommen werden. Das Wörtchen "nur" vor den "Fahrtkosten" fehlt leider, sonst wäre man vielleicht eher stutzig geworden.

Nun hat man die Last, seine überzähligen Marken wieder einzulösen. Statt einer Mark bekommt man bei der Rückgabe nur 90 Pfennige, statt sieben Pfennige Gewinn hat man drei Pfennige Verlust. Natürlich hat man selber schuld; man muß Bestimmungen rechtzeitig, gründlich und mit juristischem Verstand studieren. Wer das nicht tut, fällt immer rein.

Es gibt allerdings auch einen Verstand und eine Logik schlechthin. Und die wieder besagen, daß sich an einer Einrichtung, an der die Gewerkschaften maßgeblich beteiligt sind, auch die Einrichtungen der Gewerkschaften selbst beteiligen sollten. In einem "Wegweiser zum Sozialtourismus" der DFG, der das individuelle Reisen auf eigene Faust fördern will, sind 400 Hotels und Pensionen aufgeführt, die die Reisesparmarken anerkennen und in Zahlung nehmen. Nur die Gewerkschaften selbst mit ihren Keimen tun das nicht und machen so das Ferienprogramm der DFG lückenhaft und manche Ferienfreude zur Illusion.

+ + +

"Das Gesicht der Regierung"

Unter dieser Überschrift lesen wir in der "Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung" u.a.:

"Vom Firmenschild der Parteien abgesehen ist die Regierung Dr. Adenauers eine rheinisch-bayerische Koalition und ein Kabinett der "Honoratioren", wohlangesehener, einigermaßen gut situierter älterer Herren, von denen einige eine erfolgreiche Beamtenkarriere hinter sich haben. Ein Südwestdeutscher ist seit Wildermuths Tod in der Bundesregierung nicht mehr vertreten, die wenigen Nord- und Ostdeutschen stehen ein wenig am Rande des Kabinettskreises. Wer historische Parallelen liebt, kann an eine München-Kölner Konstellation aus dem Alten Reich vor der Rheinbundzeit denken, als die Wittelsbacher in Bayern und in der Pfalz regierten und nachgeborene Söhne auf den Sitz des Erzbischofs-Kurfürsten von Köln entsandten.

Natürlich kann keine Rede davon sein, daß eine "ausgewogene" Vertretung aller deutschen Landsmannschaften in der Bundesregierung zu fordern wäre. Darum geht es nicht. Es ist der Tatbestand zu begreifen und zu deuten, und auch das Zufällige oder Vermeintlich-Zufällige hat seine Bedeutung. Nicht nur hat sich das Gewicht des Quantitativen geltend gemacht: Die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern sind ihrer Bevölkerungszahl nach die größten Bundesstaaten. Aber es ist nicht nur das. In Bayern hat eine weithin auf Grundbesitz ruhende bäuerlich-bürgerliche Gesellschaftsordnung, mit dem Rückhalt an einem erhaltenen Verwaltungsgefüge, die Katastrophe relativ am besten überstanden. Und im rheinisch-westfälischen Industrierevier haben sich frühzeitig und konzentriert die industriellen Schaffenskräfte der Nation wieder geregelt.

So gesehen scheint der rheinisch-bayerische Bund kein bloßer Zufall zu sein. So wenig wie die merkwürdige Tatsache, daß in der Führung der sozialdemokratischen Opposition gerade die Nordost- und die Südwestdeutschen stark hervortreten. Immerhin könnte sich, wenn die rheinisch-bayerische Koalition längere Zeit dominierend bliebe, unter ihrem Eindruck die Gesichtspersönlichkeit des deutschen Volkes im Innersten allmählich verwandeln - zumal wenn das ostdeutsche Element, dessen politische Talente unbestreitbar sind, ausgeschaltet bliebe".

Verantwortlich: Peter Raunau